

Mehrkosten und Verbrenner-Verbot im Faktencheck

Die Argumente der Gegner in Broschüren, Abstimmungsbüchlein und Flyern, beurteilt vom Umweltökonom und von Klimaforschern.

Bruno Knellwolf

Das Klimagesetz führt zu Mehrkosten von 6600 Franken pro Person und Jahr, die Energiekosten verdreifachen sich.

Diese Zahl stammt aus einer Studie der ETH Lausanne und ist aus dem Zusammenhang gerissen. Gemäss der Studie entstehen solche Mehrkosten, wenn primär auf synthetische Treibstoffe als Öl-Ersatz gesetzt würde. Gemäss Studienautor Andreas Züttel ein unrealistisches Szenario. Die Schweiz geht den Weg der Elektrisierung von Verkehr und Heizen. Dafür gibt es nach Züttel zwar Mehrkosten, aber nie so hoch wie von den Gegnern gesagt. Diese Kosten werden vor allem durch die Energiespeicherung erzeugt. Anderer Meinung ist ETH-Professor Anthony Patt: Bei schlauer Nutzung der Technologien, Importen aus dem Ausland werden die Haushalte bei den Energiekosten in Zukunft sogar sparen. Züttel und Patt sind sich einig, dass es dafür extrem viel Solarstrom braucht, nach Patt auch aus Freilandflächen und

nicht nur von Hausdächern. Dabei bleibt die Stromversorgung im Winter eine Herausforderung für die Schweiz. Ein diese Woche erschienener ETH-Bericht zeigt, dass es mehrere Möglichkeiten gibt, eine Winterlücke zu verhindern.

Durch den Energiewechsel gebe es keine neuen Aufträge für die Wirtschaft, ausser bei der Installationsbranche, sagt Magdalena Martullo-Blocher.

«Der Ausbau erneuerbarer Energien ist ein globaler Trend, von dem auch eine breite Palette Schweizer Unternehmen profitieren», sagt Rolf Wüstenhagen, Professor für erneuerbare Energien an der Universität St. Gallen. Viele Unternehmen wie ABB, Gurit oder Leclanché haben sich auf diesen Wachstumsmarkt ausgerichtet. Die grossen Schweizer Stromversorger und Solarunternehmen investieren Hunderte Millionen Franken in erneuerbare Energien. Bislang fliesst ein grosser Teil dieser Investitionen ins europäische Ausland, wo viele Länder eine ambitionierte Klimapolitik verfolgen.

Der Umbau der Energieversorgung kostet 387 Milliarden Franken gemäss einer Studie der Bankiervereinigung. Zu viel.

Nach Wüstenhagen geht es in dieser Studie nicht um Kosten, sondern um Investitionen. «Allein im Jahr 2022 wurden gemäss Bloomberg weltweit sogar über 1000 Milliarden Franken in erneuerbare Energien und Elektromobilität investiert. Viele Marktakteure sehen darin eine der grössten Investitionschancen unserer Zeit.» Man müsse die Zahlen aber auch im Verhältnis sehen. Sir Nicholas Stern, seinerzeit Chefökonom der Weltbank, hat vor einigen Jahren berechnet, dass für den Klimaschutz Investitionen in Höhe von 1 bis 2 Prozent des globalen Bruttosozialprodukts erforderlich seien. Die Kosten des Nichtstuns sind hingegen wesentlich höher: Ein unkontrollierter Klimawandel hat gemäss Stern Kosten von 5 bis 20 Prozent des Bruttosozialprodukts zur Folge.

Die Wirtschaft wird zerstört und kann sich die Umstellung auf neue Energien und Technologien nicht leisten.

«Es gibt in der Wirtschaftsgeschichte viele prominente Beispiele von Unternehmen, die zu lange auf alte Technologien gesetzt haben und daran gescheitert sind», sagt Wüstenhagen. Er erwähnt das Beispiel Kodak, einst stolzer Marktführer der analogen Fotografie. Das Unternehmen hat die digitale Revolution erst belächelt und ist dann innert weniger Jahre von der Entwicklung überrollt worden. «Eine Zeit lang kann man sich mit der Trägheit der Kunden noch über Wasser halten». Der Run auf Wärmepumpen und Photovoltaikanlagen zeige, dass auch für die Heizungsbranche der «Kodak-Moment» gekommen sei.

Es braucht 5000 neue Windräder und 70 Millionen Quadratmeter Photovoltaik, um 60 Prozent des Schweizer Energiebedarfs zu decken. Das ist nicht möglich.

Der Ausstieg aus Öl und Benzin wird neue Investitionen in Solar- und Windenergie benötigen. Diese werden in der Landschaft sichtbar sein, sagt Anthony Patt von der ETH Zürich. Die Auswirkungen eines unge-

bremsten Klimawandels auf Natur und Landschaft wären jedoch viel grösser. Die notwendigen Investitionen sind durchaus technisch machbar und finanzierbar. Letztes Jahr hat die Schweiz doppelt so viel neue Solarenergie-Produktionskapazität zugebaut, wie die neuen Wärmepumpen und E-Autos benötigen, die wir letztes Jahr gekauft haben.

Wegen der anvisierten Verbrauchshalbung müssen die Autos verschrottet werden.

Es gibt keine Verbote in diesem Gesetz und somit auch kein Verbrennerverbot. Die EU hat für 2035 ein solches beschlossen, aber nicht für die riesige bestehende Fahrzeugpalette, sondern nur für Neuzulassungen. Davon wird auch die Schweiz betroffen sein, weil die Autos bekanntlich im Ausland produziert werden. «Die Automobilbranche scheint die Zeichen der Zeit erkannt zu haben», sagt Wüstenhagen. Wer als Hersteller oder Zulieferer nicht dem Beispiel von Kodak folgen möchte, müsse heute rasch umsteuern. In Norwegen sind bereits über

80 Prozent der Neuzulassungen elektrisch.

Zehntausende Arbeitsplätze im Tourismus werden zerstört.

Beliebte Feriendestinationen wie Spanien und Portugal produzieren mehr als ein Viertel ihres Stroms aus Windenergie. Dänemark sogar über 50 Prozent. «Das tut der Attraktivität dieser Länder keinen Abbruch», sagt Wüstenhagen. Die viel grössere Gefahr für den Tourismus sei ein ungebremster Klimawandel, das zeigten gerade wieder die verheerenden Überschwemmungen in Italien.

Erderwärmung sei nicht menschengemacht, schreibt das Komitee Rettung Werkplatz Schweiz.

Die beobachtete Erwärmung ist zu praktisch 100 Prozent menschengemacht. Das ist wissenschaftlich seit 15 Jahren unumstritten. «Die theoretischen Grundlagen dazu sind über 100 Jahre alt», erklärt Reto Knutti von der ETH Zürich, der sich im Ja-Lager engagiert. Die Effekte von CO₂ in der Atmosphäre sind auch im Labor messbar.